



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 388 Anfrage Stutz Hans und Mit. über die Belastung der Luzerner Polizei durch das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Hans Stutz ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Hans Stutz: Wie ist meine Anfrage überhaupt zustande gekommen? Die bürgerliche Seite hat immer wieder gefordert, über die Leistungen des Kantons zu diskutieren. Auch im Zusammenhang mit der Polizei muss der Kanton sparen. So kann die Polizei die geplante Personalaufstockung nicht umsetzen, und des Polizeikorps muss trotzdem Überstunden abbauen. Die Kriminalisierung der Drogen verursacht heute mehr Kosten als die Drogen selbst, eine Abstinenz kann zudem nicht erreicht werden. Deshalb war es naheliegend zu fragen, welche Folgen das Verbot von Betäubungsmitteln im Kanton Luzern haben. Die Antwort des Regierungsrates liefert eine aufschlussreiche Klärung. So wenden die entsprechenden Fachgruppen der Polizei ungefähr 52 000 Arbeitsstunden im Jahr für die Aufklärung auf, was etwa 26 Vollzeitstellen entspricht. Die erwähnten Fachgruppen leisten etwa 4 Prozent der polizeilich erbrachten Leistungen. Dazu kommen beträchtliche Kosten für den Straf- und Massnahmenvollzug in der Höhe von 7,2 Millionen Franken. Eine Aufhebung der Drogenprohibition würde den Kanton Luzern also finanziell entlasten. Eine entsprechende Lösung müsste aber auf Bundesebene erfolgen. Die Grüne Fraktion reicht eine Motion mit der Forderung nach einer Standesinitiative ein, die eine konsequente Neugestaltung des Betäubungsmittelgesetzes verlangt. Insbesondere sollen Konsum und Besitz aller Betäubungsmittel straffrei werden und ihr Handel an konzessionierte Stellen oder Organisationen abgetreten werden.

Peter Fässler: Sind wir mit unserer Drogenpolitik auf dem richtigen Weg? Wie sieht ihre Erfolgsbilanz aus? Können wir es uns weiterhin leisten, riesige finanzielle und personelle Ressourcen in die Drogenrepression zu stecken? Macht es weiterhin Sinn, zwischen legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin und illegalen Drogen zu unterscheiden? Bereits im Jahr 2006 hat die SP Schweiz ein Grundlagenpapier zu diesem Thema erarbeitet. Schon damals ist der straffreie Konsum aller Drogen gefordert worden, was zu entsprechenden Schlagzeilen in der Presse geführt hat. Heute sind wir noch keinen Schritt weiter. Dabei würden einige Gründe für eine liberalere Drogenpolitik sprechen. Der Bezug von Drogen wäre reguliert und damit der Jugendschutz gewährleistet. Die Qualitätskontrolle und der Handel würden einem staatlichen Monopol unterliegen. Analog zu Alkohol und Nikotin gäbe es steuerliche Einnahmen. Zur Suchtprävention würden mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Cannabisprodukte könnten für medizinische Behandlungen einfacher verordnet werden. Die Behörden würden entlastet, da die Polizei und die Gerichte ihre Ressourcen anderweitig einsetzen könnten. Die finanzielle Grundlage der organisierten Kriminalität würde trockengelegt, denn der Drogenhandel ist eine ihrer Einnahmequellen. Hinzu käme

die Freiheit der Bürger; so könnte jeder frei entscheiden, ob er sich mit Alkohol, Nikotin oder allenfalls Heroin vom irdischen Leben verabschieden möchte. Es gibt also genügend Gründe, um unsere Drogenpolitik neu zu überdenken.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Der polizeiliche Aufwand erscheint tatsächlich sehr gross, wenn man nur die nackten Zahlen betrachtet, vor allem was den Strafvollzug angeht. Es ist aber eine klare Differenzierung notwendig. In der Regel sind diese Delikte weder hauptursächlich noch allein strafrechtlich relevant für eine Verurteilung. Sehr viele Delinquenten haben nebst einem kriminellen auch ein Drogenproblem. Das zeigt sich bei den Kontrollen: Die Mehrheit der Delinquenten, die in den Grosshof einrücken, werden positiv auf Drogen getestet. Im kriminellen Milieu sind Drogen sehr stark verbreitet. Es ist ein Trugschluss, dass mit der Liberalisierung der Drogen auch die Kriminalität sinkt. Bei der Frage der Drogenliberalisierung handelt es sich zwar um eine sehr interessante Frage, diese muss aber auf Bundesebene gelöst werden.